



Freie Berufe in Deutschland und Europa



MIT MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU/CSU

I. Vorbemerkung

Die Freien Berufe sind Dienstleister auch im öffentlichen Interesse. Sie tragen zur Entwicklung und Sicherung unseres Gemeinwesens bei und versorgen die Bevölkerung mit notwendigen und hochwertigen meist wissensgestützten Dienstleistungen.

In den vergangenen Jahren haben die Freien Berufe bewiesen, dass sie mit Eigeninitiative und Flexibilität auf eigenes Risiko und ohne wesentliche Fördergelder oder Hilfen des Staates ihre hochqualifizierten Dienstleistungen organisieren, Qualität sichern und flächendeckend anbieten können. Damit haben die Freien Berufe ihre bedeutende sowie wachsende gesellschaftliche und wirtschaftliche Rolle gefestigt.

Freiberufler sind als Scharnier zwischen Staat und Bürger in ihrem Handeln auf Nutzen und Wohl der gesamten Gesellschaft ausgerichtet. Die freiberufliche Dienstleistung zeichnet sich aus durch ihre kreative Zusammensetzung und ihre Anwendung auf den Einzelfall.

Die den Selbständigen in den Freien Berufen überantwortete Vertrauensposition, aber auch das Bedürfnis der Allgemeinheit, die für ihre Patienten und Klienten tätigen Freien Berufe auch für ihren Wertekanon und ihre Zielstellungen heranzuziehen, mit zu nutzen, machen die gesellschaftliche Bedeutung des Freien Berufs zu großen Teilen aus. So sind Ärzte und Apotheker Garanten öffentlicher Gesundheitsvorsorge, aber auch unentgeltliche Leistungsträger im Sinne der Seuchenprävention; so sind Anwälte Organe der Rechtspflege, aber zugleich auch Garanten für den Zugang zum Recht und ordnungsgemäße Verfahrensabwicklung; so sind Ingenieure Kreativpartner des Bauherren und zugleich Träger von Baukultur, Baustellen und Bausicherheit; so sind Unternehmensberater Träger des Fortführungsinteresses des Unternehmers und seiner wirtschaftlichen Bestrebungen, aber auch Garanten für Arbeitsplatz und soziale Sicherung; so sind freie Kulturberufe Träger des Ausdrucks künstlerischer Freiheit und Gestaltung, aber auch Bestandteile öffentlicher Kultur der Meinungsfreiheit.

Der Gemeinwohlbezug, aber auch der Bedarf, flächendeckend hochwertige Leistungen in Anspruch nehmen zu können, sichert

den Freien Berufen eine zentrale Position in der Gesellschaft, bei deren Wahrnehmungen sie unterstützt werden müssen. Das Hinzutreten neuer Freier Berufe, die den Anforderungen entsprechen (z.B. Datenschutzbeauftragte, Berufsbetreuer und andere mehr) erlauben es, dem Gemeinwohlbezug der Freien Berufe weiteren Schub zu geben.

Die Freien Berufe sind eine starke Säule des Mittelstandes in Deutschland. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU kann deren Zielsetzungen unterstützen und sie in ihrer Bedeutung würdigen.

II. Wirtschaftliche, gesellschaftliche und somit politische Bedeutung

Die Freien Berufe in Deutschland sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Beim Vergleich der Entwicklungsdynamik selbständiger Unternehmen weisen die Freien Berufe die mit Abstand stärkste Wachstumsdynamik auf.

Seit Bestehen der Bundesrepublik sind die Selbständigen in den Freien Berufen ein Wachstumsmarkt. Die Freien Berufe verändern sich durch die wirtschaftliche und technologische Entwicklung und die Entwicklung neuer Tätigkeiten ständig, vor allem in den sogenannten Kulturberufen und den informations- und kommunikationstechnischen Berufen. So haben sich im Wirtschaftsleben rund 200 bis 250 Berufsbezeichnungen/Berufstätigkeiten herausgebildet, die freiberuflich ausgeübt werden.

2008 hat erstmals die Zahl der Selbständigen in den Freien Berufen die Millionen-Marke überschritten. Nunmehr gibt es also rund 1,1 Millionen selbständige Freiberufler. Ihre Zahl hat sich seit 1992 mehr als verdoppelt, sodass mittlerweile jeder vierte Selbständige in Deutschland Freiberufler ist. Damit legen die Freien Berufe ein deutlich höheres Wachstumstempo vor als andere Branchen: Während die Zahl der Selbständigen insgesamt in der Zeit von 1970 bis 2007 von 824.000 auf 661.000 um rund 20 Prozent gesunken ist, haben die Freien Berufe in diesem Zeitraum um mehr als 200 Prozent zugelegt.

Sie sind ein wichtiger Arbeitgeber und Ausbilder. Sie finanzieren die sozialen und öffentlichen Kassen mit. Die Freiberufler beschäftigen über 2,9 Millionen Mitarbeiter - darunter ca. 124 Tausend Auszubildende. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat sich in den vergangenen rund 30 Jahren mehr als verdreifacht. In Summe sind rund vier Millionen Menschen Freiberufler oder dort beschäftigt.

Als Wirtschaftsfaktor werden die Freien Berufe immer wichtiger. Während andere Bereiche schrumpfen, bleibt das Wachstum ungebrochen. Gemeinsam mit ihren Mitarbeitern erarbeiten Freiberufler rund 10,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes und erwirtschaften so jeden zehnten Euro. Ihr Anteil am BIP hat sich seit 1950 verzehnfacht.

Die Freien Berufe haben nicht zuletzt aufgrund ihrer Gemeinwohlverpflichtung ein gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Alleinstellungsmerkmal und Verantwortung. Diese Besonderheiten wie auch das besondere Erfolgspotenzial müssen bei politischen Entscheidungen erkennbar berücksichtigt werden. Allen politisch Handelnden sollte die Multiplikatorfunktion einleuchten. Ob Arzt, Apotheker, Steuerberater, Anwalt oder Architekt – Menschen vertrauen in ganz sensiblen Bereichen.

III. Wirtschaftliche Situation

Die wirtschaftliche Situation der Freiberufler ist äußerst heterogen. Die komplexen Marktanforderungen an Büros, Praxen, Kanzleien oder Apotheken der Freien Berufe werden mit sehr unterschiedlichem Erfolg bewältigt. Im Vergleich zu kleineren Büros, Kanzleien und Praxen agiert ein deutlich höherer Anteil der mittleren und größeren Einheiten wirtschaftlich sehr erfolgreich am Markt. Dem gegenüber befinden sich insbesondere kleine Einheiten oftmals in einer wirtschaftlich bedenklichen Situation.

Dies ist teilweise eine Folge des Strukturwandels der Märkte, teilweise aber auch die Folge einer sehr hohen Versorgungsdichte in der Bundesrepublik und partiell eben auch die Folge nicht auskömmlicher Honorare. Zukunftsaufgabe wird es sein, die Rahmenbedingungen für die Freien Berufe richtig zu setzen und die Praxen, Kanzleien und Büros der Freiberufler strategisch neu auszurichten, sodass sie auch in wirtschaftlicher Hinsicht nachhaltig überlebensfähig sind.

IV. Zukunftsaufgaben

Die Freien Berufe sind zwar vorwiegend auf regionalen Märkten vertreten, aber wie jedes andere Unternehmen in Deutschland sehen auch sie sich – insbesondere in den technischen und rechtsberatenden Disziplinen – durch die zunehmende Globalisierung mit einem rapiden Wandel und immer neuen Herausforderungen konfrontiert. Die wachsende International der Märkte fordert eben auch die Freien Berufe immer stärker dazu auf, sich international aufzustellen bzw. zu organisieren. Die Vernetzung der Kapitalmärkte, die schnelle Verbreitung des technologischen Know-hows und die wachsende Bedeutung der Kommunikations- und Informationstechnologien machen es notwendig, Antworten auf diese wachsenden Herausforderungen zu finden. Besonders die wirtschafts- und technologieorientierten Freien Berufe sind dabei in der Lage, ihre Vertrauensposition für die Wirtschaft nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland auszufüllen.

a) Der Wirtschaftskrise begegnen – jetzt bestmögliche Rahmenbedingungen schaffen!

In der Koalitionsvereinbarung 2009 sollten sich CDU und FDP festlegen: Wir rücken den Mittelstand in das Zentrum der Wirtschaftspolitik. Angesichts der heutigen Finanz- und Wirtschaftskrise stehen Wirtschaft und Freie Berufe vor seit Jahrzehnten unbekannten Herausforderungen. Wir wollen, dass Wirtschaft und Freie Berufe die Krise als Chance begreifen und gestärkt aus ihr hervorgehen. Dabei wird es darauf ankommen, die Unternehmen auf diesem Weg durch bestmögliche, gesellschaftlich verträgliche Rahmenbedingungen zu begleiten und zum Erfolg zu führen.

Was für Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistungsgewerbe förderlich ist, kommt auch den Freien Berufen zugute. Steuern und Abgaben zu senken, bürokratische Hemmnisse abzubauen und Gesetze und Vorschriften unternehmerfreundlich zu gestalten, sind wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Wirtschaftstätigkeit von Unternehmern. So helfen die inzwischen drei von der Bundesregierung initiierten Mittelstandsentlastungsgesetze mit ihren 58 Einzelmaßnahmen auch den Freien Berufen in besonderer Weise.

Auch aus der Sicht der Freien Berufe begrüßen wir das Bürgerentlastungsgesetz und die zweite Stufe der Steuerreform zur Abmilderung der „kalten Progression“. Wir unterstützen die im Regierungsprogramm 2009–2013 dargelegten Überlegungen von CDU und CSU zur grundlegenden Tarifreform, die schleichende Steuererhöhungen allein aufgrund des Tarifverlaufs mildert. Die Abflachung des Mittelstandsbauchs, die Senkung des Einkommenssteuersatzes und die Verschiebung des Höchststeuersatzes sind der richtige Weg. Wir wollen, dass schleichende Steuererhöhungen durch kalte Progression, durch regelmäßige Anpassung des Einkommensteuertarifs an die Kaufkraftentwicklung vermieden werden. Um eine ständige Diskussion um eine Anpassung zu vermeiden, schlagen wir einen automatischen Anpassungsmechanismus vor.

Ein Steuersystem muss einfach und gerecht sein. Für uns ist dabei eine merkbare und dauerhafte Entlastung entscheidend. Insbesondere plädieren wir für einen Steuerwettbewerb zwischen den Bundesländern. Wir fordern, dass die Länder bei den Steuern, bei denen sie wie bei der Erbschaftsteuer alleine die Ertragshoheit haben, auch die Gesetzgebungshoheit erhalten.

- Geringwertige Wirtschaftsgüter

Bisher können bei Geringwertigen Wirtschaftsgütern Anschaffungskosten bis einschließlich 150 Euro zuzüglich Umsatzsteuer in voller Höhe im Anschaffungsjahr steuermindernd als Betriebsausgabe geltend gemacht werden. Wir wollen, dass diese Anschaffungskosten bis einschließlich 2.000 Euro geltend gemacht werden können, um die Konjunktur zusätzlich zu beleben. Die Poolabschreibung, wonach selbständig nutzbare Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten zwar 150 Euro, aber nicht 1.000 Euro übersteigen, je Wirtschaftsjahr in einen Sammelposten aufzunehmen sind, der ab dem Jahr der Anschaffung oder Herstellung gleichmäßig mit jeweils $\frac{1}{5}$ abzuschreiben ist, muss als bürokratisches Hemmnis abgeschafft werden.

- Investitionsabzugsbetrag

Als Investitionsabzugsbetrag wird eine den Gewinn mindernde Rücklage bezeichnet, die von Unternehmen für Wirtschaftsgüter gebildet werden kann, die erst in der Zukunft angeschafft werden. Diese Rücklage wurde vor 2008 auch als Ansparabschreibung bezeichnet. Die Gewinngrenze wurde im Konjunkturpaket gegen die Wirtschaftskrise für die Jahre 2009 und 2010 bei Gewinnermittlung durch Einnahmenüberschussrechnung von 100.000 Euro auf 200.000 Euro angehoben. Wir wollen, dass di-

ese Änderung nach 2010 fortgeführt wird, um der Konjunktur weitere Impulse zu geben. Um die Rahmenbedingungen für die Freien Berufe in der Wirtschaftskrise richtig zu setzen, wollen wir, dass diese Grenze nicht nur unternehmens-, sondern auch personenbezogen gilt.

- Verlustrücktrag

Wirtschaft und Freien Berufen muss die Möglichkeit gegeben werden, durch die Wirtschaftskrise entstandene Verluste in frühere Veranlagungszeiträume zurückzutragen. Zurzeit ist der Verlustrücktrag zeitlich auf ein Jahr begrenzt. Um durch die Wirtschaftskrise angeschlagene Unternehmen zu stabilisieren, wollen wir, dass der Verlustrücktrag drei Jahre möglich ist.

- Erbschaftsteuer

Nach der Reform sieht das Erbschaftsteuerrecht vor, dass die Erbschaftsteuer auf Betriebsvermögen innerhalb von zehn Jahren schrittweise auf Null gesenkt wird, wenn unter anderem das Einzelunternehmen oder die Personengesellschaft durch den oder die Erben fortgeführt wird. Erben von Freiberuflern können von dieser Regelung nicht profitieren. Praxen, Apotheken, Büros und Kanzleien können in den wenigsten Fällen von den Erben fortgeführt werden, da meistens eine personengebundene Vorqualifikation zur Zulassung zum Beispiel als Arzt, Apotheker, Steuerberater oder Rechtsanwalt fehlt. Damit werden Erben von Freiberuflern schlechter gestellt als Erben in anderen Wirtschaftszweigen.

Auch die bewertungsrechtlichen Änderungen beim Betriebsvermögen, nämlich die Anwendung des sogenannten Ertragswertverfahrens, das unter anderem den Ertragswert berücksichtigt, also die Durchschnittsgewinne der letzten drei Jahre, stellt für die Freien Berufe einen Nachteil dar. Wurde nach altem Erbschaftsrecht betriebliches Vermögen, basierend auf den Buchwerten der Bilanz, vermindert um den Freibetrag von 225.000 Euro und einen Abschlag von 35 Prozent als das erbschaftsteuerliche Vermögen berücksichtigt, fließt nun der originär geschaffene Firmenwert, also bei den Freien Berufen der Praxis-, Apotheken-, Büro- oder Kanzleiwert, über den Ertragswert in die Betriebsvermögensbewertung ein. Bei Einzelunternehmen und Personengesellschaften führt dies zu höheren Steuerwerten, ohne dabei zu berücksichtigen, dass der „Firmenwert“ nahezu identisch mit der fachlichen und persönlichen Eignung sowie der Reputation des Freiberuflers ist. Die Abwicklungspraxis in den Todesfällen zeigt,

dass sich der Unternehmenswert innerhalb kürzester Zeit auf Null verflüchtigt. Der Erbe zahlt also. Erbschaftssteuer auf einen Wert, den es tatsächlich nicht mehr gibt. Spätestens beim Unternehmensverkauf wird dies offensichtlich. Wir fordern die Abschaffung der Erbschaftsteuer. Als dringende Sofortmaßnahme muss aber bei der Erbschaftsteuer so nachgebessert werden, dass der personenabhängige Wert vom Firmenwert abgetrennt wird.

Verdingungsordnung für freiberufliche Dienstleistungen (VOF)

Wir wollen, dass sich Politik, Wirtschaft und Freie Berufe gemeinsam für eine unternehmerfreundliche Ausgestaltung von Richtlinien und Gesetzen stark machen. Insbesondere wollen wir ein unternehmerfreundliches Vergaberecht. Wir begrüßen daher die Novellierung der Verdingungsordnung für freiberufliche Dienstleistungen (VOF), die die Ausschreibung und Vergabe von freiberuflichen Leistungen (meistens Architekten- oder Ingenieurleistungen) durch öffentliche Auftraggeber in Deutschland regelt.

Wir befürworten, dass zur Stärkung des Wettbewerbs Aufträge für Dienstleistungen nach VOF europaweit ausgeschrieben werden müssen. Der Schwellenwert, ab dem ein europaweites VOF-Verfahren durchzuführen ist, muss allerdings deutlich erhöht werden, stehen Aufwand und Nutzen bei dem bisherigen Schwellenwert von 206.000 Euro doch in einem krassen Missverhältnis zueinander. Die Anzahl ausländischer Teilnehmer liegt bei weniger als 1 Prozent, wobei das Verfahren für öffentliche Auftraggeber und Teilnehmer an Ausschreibungen durchschnittliche Kosten von 90.000 Euro verursacht. Daher wollen wir, dass der neue Schwellenwert auf eine Million Euro festgesetzt wird.

Gebühren- und Honorarordnungen modernisieren und weiterentwickeln

Die Gebührenordnungen der Freien Berufe (HOAI, GOÄ, GOZ usw.) stehen für Transparenz im Verbraucherschutz bei der Entstehung und Zusammensetzung von Honoraransprüchen. Gebührenordnungen sind auch Hilfe bei der Bewertung schwierig bewertbarer geistig-ideeller Leistungen bzw. Leistungsanteile. Insoweit sind Gebühren- und Honorarordnungen zu erhalten, betriebswirtschaftlich sinnvoll anzupassen und zu modernisieren. Die Gebührenordnungen sind im Sinne einer marktorientierten Preisordnung weiterzuentwickeln. Sie sollen den Wettbewerb fördern, den Bürokratieabbau voranbringen und sowohl Freibe-

ruflern wie auch Kunden mehr Freiraum zur Vertragsgestaltung geben, so wie dieses gerade bei der neuen HOAI geschehen ist.

Unternehmensfinanzierung – weiche Kriterien berücksichtigen

Wettbewerbsfähige Unternehmen stehen in der Wirtschaftskrise vor großen Herausforderungen. Speziell für kleine und mittlere Unternehmen kann die Fremdfinanzierung bei einzelbetrieblichen Krisen zunehmend schwieriger werden. Den Kreditinstituten kommt deshalb in der gegenwärtigen Lage eine besondere Verantwortung zu. Dort, wo geringes Eigenkapital vorhanden ist, muss die Kreditwirtschaft ihrer Verpflichtung nachkommen, wettbewerbsfähige Unternehmen nach einer vernünftigen und auf die Situation zugeschnittenen Risikoprüfung mit den notwendigen finanziellen Mitteln zu versorgen.

Im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen benötigen freiberufliche Büros, Kanzleien, Praxen und Apotheken keine Arbeits- und Betriebsmittel, die für die Produktion von Gütern erforderlich sind. Deshalb können Freiberufler bei einer Bonitätsprüfung vergleichsweise schlechter dastehen, weil nur wenig an „harten Sicherheiten“ eingebracht werden kann. Zukunftsperspektive, Geschäftsstrategie und Auftraggeberstruktur als immaterielle Werte werden oft nicht ausreichend berücksichtigt. Deshalb wollen wir, dass Kreditentscheidungen im Bereich der Freien Berufe verstärkt auch unter Beachtung dieser „weichen Kriterien“ getroffen werden. Scoring- und Ratingverfahren im Rahmen der Bonitätsprüfung nach Basel II müssen im Entscheidungsprozess der Kreditinstitute zukünftig eine geringere Rolle spielen. Wir wollen, dass Banken, Sparkassen und andere Finanzdienstleistungsunternehmen die Besonderheiten der Freien Berufe bei ihren Entscheidungen über Kreditvergaben stärker beachten.

Geschäftsklimaindex – Frühindikator für die freiberufliche Wirtschaft

Der ifo-Geschäftsklimaindex ist ein monatlich vom ifo-Institut für Wirtschaftsforschung erstellter Frühindikator für die konjunkturelle Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft. Darin beurteilen die befragten Unternehmen ihre gegenwärtige Geschäftslage, ihre Geschäftserwartungen, die Entwicklung der Nachfragesituation und die Entwicklung der Zahl ihrer Beschäftigten. Dem Index kommt eine besondere Bedeutung zu. Er ist ein bewährtes Instrument bei der Prognose von Trendwenden im Wirtschaftswachstum und er

hilft, Konjunkturschwankungen rechtzeitig entgegenwirken zu können. Einen vergleichbaren Index bei den Freien Berufen gibt es nicht. Um unerwünschten Schwankungen der Konjunktur bei den Freien Berufen entgegenwirken zu können, wollen wir einen Geschäftsklimaindex für die Freien Berufe in Deutschland.

Auslandsmärkte – Kooperation fördern und Austausch ermöglichen

Wir sind überzeugt, dass gerade in Krisenzeiten Unternehmen an die Weltmärkte herangeführt werden müssen. Deutschland profitiert von offenen internationalen Märkten. Wir wollen, dass freiberufliche Dienstleistungen weltweit intensiv beworben und gefördert werden. Die Auftragsakquise im Ausland hängt maßgeblich davon ab, dass persönliche Kontakte zu möglichen Investoren aus dem öffentlichen und privaten Bereich und zu Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistungsgewerbe geknüpft werden. Dies ist gerade am Anfang kosten- und zeitintensiv.

Deshalb wollen wir, dass die Instrumente und Aktivitäten der Außenwirtschaftsförderung verstärkt auf die Anforderungen der Freien Berufe ausgerichtet werden. Wir wollen, dass die Freien Berufe vermehrt die Möglichkeit erhalten, sich an Auslandsmessen zu beteiligen. Delegations- und Unternehmerreisen sollen auf die Bedürfnisse von Freiberuflern abgestimmt werden. Wir wollen, dass den Freien Berufen beim Auf- und Ausbau des Auslandsge schäfts die Instrumente der Außenwirtschaftsförderung noch bekannter gemacht werden.

b) Innovation – Erfolgstreiber freiberuflicher Unternehmen

Wir halten die Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für eine innovative Ausrichtung von Wirtschaft und Freien Berufen für außerordentlich wichtig. Wir sind der Auffassung, dass das Thema Innovation auch in Zeiten konjunktureller Risiken nichts von seiner überragenden Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen verloren hat.

Die amtliche Statistik hat den Strukturwandel dieser Berufe nicht oder nur sehr bedingt nachvollzogen. Auf der Forschungsseite liegt zwar eine Vielzahl singulärer Studien zu einzelnen Berufen vor, die allerdings konzeptionell nicht aufeinander abgestimmt sind. Nicht nur an den Hochschulen, sondern auch an zahlreichen externen Forschungseinrichtungen entstehen die wegweisenden Ideen

für die Zukunft. Die außeruniversitären Einrichtungen ergänzen und verstärken die Forschungsleistungen. Wir meinen, dass die Innovationspotenziale der Freien Berufe nur angemessen über interdisziplinäre Forschung aufgeklärt werden können. Wichtige Felder der Innovationspolitik wie Forschung & Entwicklung, Technologietransfer, Vermarktung und Mittelstandsförderung helfen den Freien Berufen dabei nur begrenzt. Deshalb wollen wir ein Institut zur kontinuierlichen wissenschaftlichen Erforschung der Situation der Freien Berufe in Europa. Starke Potenziale sollen optimal genutzt werden. Das Institut soll die Lage, Entwicklung und Probleme der Freien Berufe erforschen. Es leistet damit einen Beitrag zur Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen der Freien Berufe.

c) Ausbildung und Durchlässigkeit – Investitionen in die Zukunft

Freie Berufe kommen einer hohen gesellschaftspolitischen Verantwortung nach, indem sie jungen Menschen Ausbildungsplätze in Berufen mit guten Arbeitsmarktperspektiven bieten. Freiberufliche Apotheken, Büros, Kanzleien und Praxen haben bei der Ausbildungsplatzvergabe häufig das Problem, dass sie keine geeigneten Bewerber finden können. Oft ist die schulische Vorbildung mangelhaft, sodass es schwierig ist, qualifizierte Auszubildende zu finden. Wir unterstützen daher Reformen der schulischen Bildung, die durch gezielte Förderung Schülern eine bessere Bildung vermitteln und diesen somit Chancen auf dem Arbeitsmarkt verschaffen. Nur so kann der Nachwuchsmangel in den Praxen und Kanzleien behoben werden.

d) Europa – Verbraucherschutz und hohe Qualität sichern

Die Freien Berufe sind ein Schlüsselsektor der europäischen Wirtschaft. Als wissensgestützte Dienstleister sind sie die Spitze der Lissabonstrategie.

Auf europäischer Ebene werden die Weichen für umfangreiche Reformen gestellt, die die Freien Berufe in besonderer Weise betreffen und regulative Besonderheiten verneinen. Die Diskussion um das richtige Verhältnis zwischen Regulierung und Liberalisierung hat vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise eine neue Dimension bekommen. Maßstab der europäischen Politik muss auch hier die

Verwirklichung des freien Leistungswettbewerbs sein.

Verbraucherschutz und die anerkannt hohe Qualität der deutschen freiberuflichen Dienstleistungen dürfen im europäischen Binnenmarkt nicht auf der Strecke bleiben. Wir wollen deshalb, dass im europäischen Kontext dafür Sorge getragen wird, dass die Durchlässigkeit der Grenzen nicht zu einem Abbau von Qualitätsstandards und einem Verlust des Vertrauens der Verbraucher führt. Leistungs- und Qualitätswettbewerb sind zu fördern.

e) Selbstverwaltung – transparent im Interesse der Auftraggeber

Freie Berufe und Selbstverwaltung als freiberufliches Organisationsprinzip gehören zusammen. Wir bekennen uns zu den selbstverwalteten Strukturen der Freien Berufe durch ein klares Bekenntnis zur Notwendigkeit und zum Fortbestand der Selbstverwaltungen in Deutschland.

Die politische Unterstützung der selbstverwalteten Strukturen der Freien Berufe ist ein zentrales Element der Politik. Eine freiheitliche Ordnungspolitik muss auf starke Selbstverwaltungen setzen. Daher unterstützen wir die Selbstverwaltung der Freien Berufe im Rahmen der politischen Möglichkeiten.

Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Selbstverwaltung im Interesse der Auftraggeber geschützt und optimiert wird. Sie sollte effizient und transparent sein und sich am Wohl der Gesellschaft orientieren. Damit stellen die selbstverwalteten Strukturen der Freien Berufe ein funktionsfähiges und zukunftsorientiertes und nicht steuerfinanziertes System dar, das in der Lage ist, sich den die Freien Berufe betreffenden äußeren und inneren Veränderungen anzupassen.

f) Gesundheitswesen – das deutsche Erfolgsmodell weiterentwickeln

CDU und CSU machen in ihrem Regierungsprogramm 2009–2013 deutlich: Die Freien Berufe haben entscheidend zum Erfolg des deutschen Gesundheitswesens beigetragen. Sie gewährleisten eine patientennahe, humane und fachlich hochwertige medizinische Versorgung nicht nur in Ballungszentren, sondern auch

in ländlichen Regionen und gewährleisten so Versorgungssicherheit. Regionalität statt Zentralismus hat sich in der Gesundheitspolitik bewährt.

Wir wollen, dass sich Bundesregierung, freiberufliche Kammern und Verbände für eine drastische Reduzierung von bürokratischen Vorgaben und Dokumentationspflichten auf ein Maß einsetzen, das zur Abrechnung und Qualitätssicherung unabdingbar notwendig ist. Dazu wollen wir den Dialog mit den im Gesundheitswesen Tätigen weiter stärken.

Therapiefreiheit, freie Arzt- und Krankenhauswahl sowie freie Gesundheitsberufe gehören für uns zum Kern eines freiheitlichen Gesundheitswesens. Niedergelassene freiberuflich tätige Haus-, Fach- und Zahnärzte sowie Apotheker sind für uns auch in Zukunft Garanten für eine qualitativ hochwertige, patientennahe Versorgung. Diese Strukturen gilt es, neben dem Bereich der stationären Krankenhausversorgung, zu bewahren und geänderten gesellschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Der Sicherung einer wohnortnahen Versorgung, vor allem auch in ländlichen Regionen, werden wir besondere Aufmerksamkeit widmen.

Wir wollen, dass medizinische Versorgungszentren nur unter bestimmten Voraussetzungen zugelassen werden. Wesentlich ist dabei vor allem, dass diese nur von Ärzten und Krankenhäusern als Träger verantwortlich geführt werden. Eigentümergeführte Apotheken und strikte Grenzen für den Arzneimittelversandhandel sind unverzichtbare Stützen für die Arzneimittelsicherheit. Ebenso ist etwa ein wirksamer Beitrag des Arzneimittelversandhandels zur Apothekennotdienstversorgung erforderlich, um Wettbewerbsverzerrungen durch Belastungsungleichheit zu verhindern.

Wir wollen die Motivation und Leistungsbereitschaft in den Gesundheitsberufen stärken und attraktive Bedingungen auch in ländlichen Regionen sichern. Ziel ist es, eine leistungsgerechte, qualitätsorientierte und besonderen regionalen Rahmenbedingungen Rechnung tragende vertragsärztliche Vergütung zu gewährleisten, die die Besonderheiten der Leistungen der einzelnen Arztgruppen berücksichtigt.

Unabdingbar ist für uns auch künftig eine kollektivvertragliche Regelung zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum. Besonderen Qualitätsanforderungen genügende hausarztzentrierte Versorgung hat für uns dabei eine hohe Priorität.

tät. Einen ebenso hohen Stellenwert hat für uns in Zukunft aber auch die Erhaltung eines breiten Spektrums an freiberuflichen niedergelassenen Fachärzten.

Unverzichtbare Anforderungen an die Arzneimittelversorgung sind für uns unabhängige Information, Beratung und Betreuung, Sicherheit und Verfügbarkeit sowie Innovation, Vielfalt und Wirtschaftlichkeit. Daher wollen wir, dass sich die Landesregierung dafür einsetzt, Auswüchse im Versandhandel einzudämmen, den gesetzlichen Rahmen für Rabattverträge im Interesse der Wettbewerbs- und Verbraucherfreundlichkeit zu überarbeiten und die Vielzahl der zum Teil gegensätzlichen Instrumentarien zur Preisfindung und -festsetzung auf ihre Wirksamkeit und Sinnhaftigkeit hin zu überprüfen und marktkonform weiter zu entwickeln.

g) Kammern und Verbände – auf umfassende Kenntnisse bauen

Gute Politik für Wirtschaft und Freie Berufe ist auf Expertenrat und Hinweise aus der betrieblichen Praxis angewiesen. Der enge und regelmäßige Kontakt zu den Organisationen der Wirtschaft und der Freien Berufe ist unerlässlich, um auf vorhandene Herausforderungen reagieren zu können, Gesetzesvorhaben zu begleiten und Förderinstrumente auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen.

Die Bundesregierung, CDU/CSU-Fraktionen im Europäischen Parlament und im Bundestag pflegen seit Jahren einen konstruktiven Austausch mit den Freien Berufen, um die Probleme der dort vertretenen Berufszweige zu erörtern und Lösungskonzepte zu erarbeiten. Wir wollen, dass dieser Dialog künftig weiter intensiviert und auch in Form von Spitzengesprächen mit den Freien Berufen institutionalisiert wird.

Wir wollen, dass Lage und Perspektive der Freien Berufen in Deutschland im Rahmen von Arbeitsgruppensitzungen bewertet werden. Gemeinsam erarbeitete Maßnahmen und Initiativen zur Stärkung und zum Erhalt des Fundaments für freiberufliche Tätigkeit in Deutschland sollen regelmäßig auf ihre Effektivität überprüft und gegebenenfalls angepasst oder ergänzt werden. Schlussfolgerungen für europäische Initiativen müssen formuliert werden.

Insbesondere müssen freiberufliche Belange über die ganze Breite der europäischen Gesetzgebung Berücksichtigung finden. Wir

wollen, dass die Bundesregierung die Freien Berufe frühzeitig über entsprechende Gesetzesinitiativen informiert und sich dafür einsetzt, dass Anregungen der Freien Berufe Eingang in EU-Vorschriften finden.

V. Schlussbemerkung

Wir wollen die Kreativität und die wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten von Wirtschaft und Freien Berufen in Deutschland und Europa unterstützen und bestmöglich fördern.

Wir wollen Deutschland zum Land der neuen Chancen machen. Dabei kommen wir gut voran. Die jüngere Vergangenheit zeigt, dass Politik, Freie Berufe, Handel, Handwerk und Dienstleistungsgewerbe gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürger der Krise die Stirn bieten.

Die Freien Berufe sind trotz oder gerade wegen ihrer Unabhängigkeit in vielen Bereichen an Verpflichtungen gebunden, die wichtige Werte verkörpern, z. B. Integrität, Wahrheit, Ehrlichkeit, Vertrauen, Achtung, Zuverlässigkeit und vor allem Verantwortung. Verantwortung gegenüber den Kunden, Klienten und Patienten ist die eine Seite, Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern und der Gesellschaft die andere.

Die Angehörigen dieser Berufe erbringen aufgrund besonderer Qualifikation in eigener Verantwortung und fachlicher Weisungsfreiheit Dienstleistungen zum Wohle ihrer Kunden, Klienten und Patienten, aber auch der Allgemeinheit. Ihre Arbeit ist durch ein besonderes Maß an Verantwortungsbereitschaft, Flexibilität, Kreativität und Innovationsfähigkeit gekennzeichnet. Ihre Tätigkeit trägt erheblich zur Stabilität unserer Gesellschaft bei.

Wir erkennen diese exponierte Stellung der Freien Berufe an und unterstützen sie mit einer Politik, die die Belange der Freien Berufe in besonderer Weise berücksichtigt. Dabei sind die Kammern und Verbände der Freien Berufe für Politik und Verwaltung in Deutschland wichtige Partner bei der Lösung gemeinsamer Aufgaben. Zu Recht hat die Freiberuflichkeit ihren fest verankerten Stellenwert in unserer Gesellschaftsordnung und unserem Berufsrecht. Daran wollen wir festhalten.

MIT-Bundesgeschäftsstelle
Charitéstraße 5 • 10117 Berlin
Tel.: 030 / 22 07 98 - 0 • Fax: 030 / 22 07 98 - 22
info@mittelstand-deutschland.de
www.mittelstand-deutschland.de

Bildnachweis: istockphoto.com/francisblack



MIT

MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU/CSU